

78 9 062

Freie und Hansestadt Hamburg  
Arbeits- und Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung

Wiedergutmachungsakte 6415  
Erbengemeinschaft

für

(Familien- und Rufname)

nach

Schiff, Anna

vertreten durch:

Erben: Bl. 1.

ABGESCHLOSSEN

Hinweise auf Akten	
Fürsorgeakte	
Erbschafts-Akten	
Strafakten	
Lebensakte	Merne
Mary Weiss	16.02.21
Klaus Schiff	27.07.11
Anna Marie Weiss	13.09.05
BRG-gepr. / 12. Sep. 1975	

Referat:

11

12

2906 82

Erbengemeinschaft nach:

Schiff, Anna

Eg. angelegt

1-3.

2-14.59

Aktenzeichen: Eg. 290682

Lfd. Nr.	Name u. Vorname der Erben	Bevollmächtigter		Andere WG-oder R-Akten des Amtes, die sich auf den Erben beziehen: Aktenzeichen:
		Name	Blatt der Akte	
1	Maass geb. Schiff Anne-Marie 130405			Wg. 130905/9 R 130905/17
2	Schiff, Hans 27.7.11			Wg 270711/11
3	Weiss geb. Schiff Margarete, Olga, Emmy 16.2.21			Wg 160221/13
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				
13				
14				
15				
16				



B 9884

2506618

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen

Nicht Zutreffendes streichen!



mit ..... Anlagen

Nr. E 7088 Arb. Nr. 25066

Empfangsbestätigung erteilt am 15/2.55

Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Schiff  
Vornamen: Hans  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 27. Juli 1911  
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): 610 West Wisconsin Avenue Milwaukee, Wisc. USA  
(Straße und Haus-Nr.)  
Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.  
Anzahl der Kinder: 1 Alter der Kinder: 10  
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsche jetzige: Amerikanische  
2. Beruf:  
Erlernter Beruf: Tischler  
Jetzige berufliche Tätigkeit: kaufm. Angestellter  
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein  
Wenn ja:  
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?  
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein  
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:  
Mutter

II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: Anna Schiff geb. Wertheimer, Wwe.  
Vornamen: Anna  
Geburts- und -ort (Kreis, Land): 29. 6. 1882 in Wien  
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Hamburg, Rutsbahn  
(Straße und Haus-Nr.)  
gestorben am: fuert tot erklart 8.5.1945  
in (Kreis, Land): Hamburg  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:  
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsche letzte:  
2. Beruf:  
Erlernter Beruf: Hausfrau  
Letzte berufliche Tätigkeit:  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung? ja

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:

b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:  
Bei welchen?

2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:

a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:

b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:

b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) bei Heimkehrern: \*  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:

e) Bei Sowjetzonenflüchtlingsen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947:  
In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?

Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen.

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:  
Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen:  
Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?

c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?

Anspruchsberechtigte(r)

Verfolgte(r)  
(Nur auszufüllen, wenn Abschnitt II ausgefüllt)

ja / nein

von ..... bis .....

ja / nein

von ..... bis .....

ja / nein

ja / nein

Shanghai, China

Hamburg

tot

Hamburg

ja / nein

ja / nein

ja / nein

V. Entschädigungsan

1. Schaden an Le  
Rente und Ka  
maßnahmen ge  
2. Schaden an K  
a) Heilverfahr  
b) Rente und  
3. Schaden an Fr  
durch Freiheits

in .....

in .....

in .....

in .....

in .....

4. Schaden an Ei

a) durch Zerst

b) durch Son

c) durch Geld

d) durch sons

5. Schaden im

a) durch Verd

oder forst

b) in einem

Versetzung

c) durch Ausf

d) durch Aus

6. Versicherungss

durch Schäd

Erklärung über a  
den Nationalsozi  
besonderer Anlag

1. Wurden für d  
Entschädigungs

Bei welchen S  
Organisationen

Sind über dies

Von oder vo

Haben die unt  
Behörden, Org

Art der

2. Wurden für di

Wegen welch



IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)  
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)  
a) Heilverfahren:  
b) Rente und Kapitalentschädigung:
3. Schaden an Freiheit (§ 16)  
durch Freiheitsentziehung

ja / nein  
ja / nein  
ja / nein  
ja / ~~nein~~

in Auschwitz vom 19. 7. 42 bis Tod  
in ..... vom ..... bis .....  
in ..... vom ..... bis .....  
in ..... vom ..... bis .....  
in ..... vom ..... bis .....

insgesamt = ..... volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)

- a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:
- b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: DM 9.011.25
- c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:
- d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein  
ja / ~~nein~~  
ja / nein  
ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)

- a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:
- b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:
- c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:
- d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein  
ja / nein  
ja / nein  
ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)  
durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen
<u>siehe Anlage</u>		

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
<u>siehe Anlage</u>		





V. m. H.

Margarete

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Freis  
A  
Eing 24.4.55 1955  
3

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen

Nicht Zutreffendes streichen!

6.13  
1  
9

mit ..... Anlagen

Nr.

E 7087

Fam 290682

M. Ziv. 16.03.57

Empfangsbestätigung erteilt am

25.5.55

2/5.55 K.H.

### Antrag

Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

#### 1. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: WEISS

Vorname: Olga Fanny Margarete

Geburtsort (Kreis, Land):

16.2.1921

Altona-Othmarschen

Jetziger Wohnort/Sitz (Kreis, Land):

23 Purley Ave. Hendon Way

London N.W.2. England

(Straße und Haus-Nr.)

Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.

Anzahl der Kinder: 2

Alter der Kinder: 1 und 5

Staatsangehörigkeit: frühere:

Deutsche

jetztige:

Englische

#### 2. Beruf:

Erlernter Beruf: Krankenschwester, Hebamme

Jetztige berufliche Tätigkeit:

Hausfrau

#### 3. Sind Sie selbst verfolgt worden?

Wenn ja:

Wegen Ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

#### 4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?

ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

Mutter

#### Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: Anna Schiff geb. Wertheimer, Ww.

Vorname: Anna

Geburtsort (Kreis, Land):

29.6.1892

Letzter Wohnort Sitz (Kreis, Land):

Hamburg, Rutschbahn.

gestorben am:

für tot erklärt 8.5.45

(Straße und Haus-Nr.)

in (Kreis, Land):

Hamburg

Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:

Staatsangehörigkeit: frühere:

Deutsche

letzte:

#### 2. Beruf:

Erlernter Beruf:

Hausfrau

Letzte berufliche Tätigkeit:

#### 3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:

b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:  
Bei welchen?

2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:

a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:

b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:

b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

c) bei Heimkehrern:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:

e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947:  
In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?

Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgungsgruppen und deren Hinterbliebenen.

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:

Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen:

Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?

5. Verfolgung aus Gründen der Nationalität?

Anspruchsberechtigte(r)

Verfolgte(r)  
(Nur auszufüllen, wenn Abschnitt II ausgefüllt)

ja / nein

von ..... bis .....

ja / nein

von ..... bis .....

ja / nein

ja / nein

London, England

tot

Hamburg

Hamburg

ja / nein

ja / nein

ja / nein

Entschädigung:

1. Schaden an Rente und Maßnahmen
2. Schaden an a) Heilverfahren b) Rente und
3. Schaden an durch Freih

in .....

in .....

in .....

in .....

in .....

4. Schaden an

a) durch Zei

b) durch Sc

c) durch Ge

d) durch so

5. Schaden im

a) durch Ve

oder for

b) in einem

Versetzur

c) durch Au

d) durch Au

6. Versicherung

durch Sch

Erklärung über

den Nationalsoz

besonderer Anl

1. Wurden für

Entschädigung

Bei welchen

Organisationen

Sind über die

Von oder vo

Haben die un

Behörden, Org

Art der

2. Wurden für di

Wegen welch



III. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)  
Tote und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten: ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)  
a) Biegeverletzungen: ja / nein  
b) Rente und Kapitalentschädigung: ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16)  
durch Freiheitsentziehung: ja / nein

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

insgesamt = ..... volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)
  - a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: ja / nein
  - b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: ja / nein
  - c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: ja / nein
  - d) durch sonstige schwere Schädigung: ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)
  - a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: ja / nein
  - b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: ja / nein
  - c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: ja / nein
  - d) durch Ausschuß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung: ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63)  
durch Schädigung in einer Lebensversicherung: ja / nein

Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht? ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

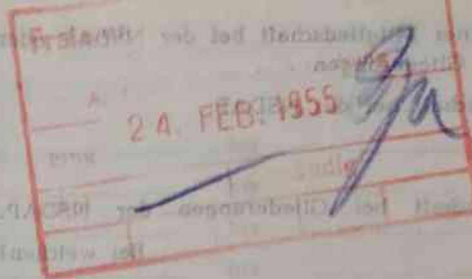
Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:





Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)



mit ..... Anlagen

Nr.

E 7085

Abt. III

Tafel 290682

130905

Empfangsbestätigung erteilt am

25.2.55

### Antrag

Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

#### Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Maa SS

Vornamen: Anne Marie

Geburts- und -ort (Kreis, Land):

13. Sept. 1905

Berlin Deutsches Reich

Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

Buenos Aires Argentinien

Sanabria 2533

(Straße und Haus-Nr.)

Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.

Anzahl der Kinder: 1

Alter der Kinder: 11

Staatsangehörigkeit: frühere:

Deutsche

jetzige:

Deutsche

2. Beruf:

Erlerner Beruf:

Fotografier

Jetzige berufliche Tätigkeit:

Kaufmännisch tätig

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?

Wenn ja:

Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?

ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

Mutter

#### Verfolgte(r)

Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) (s. Abschnitt I, 1) Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen (s. Abschnitt I, 4) ableitet)

Name:

Schiff geb. Wertheimer, Wwe

Vornamen:

Anna

Geburts- und -ort (Kreis, Land):

29.6.1882

Letzter Wohnort Sitz (Kreis, Land):

Hamburg

Rutschbahn

(Straße und Haus-Nr.)

gestorben am:

für tot erklärt 8.5.1945

in (Kreis, Land):

Hamburg

Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:

Staatsangehörigkeit: frühere:

Deutsche

letzte:

2. Beruf:

Erlerner Beruf:

Hausfrau

Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

ja

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgter (Nur auszufüllen Abschnitt II)	Entschädigungsanspruch
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		Schaden an Leben Rente und Kapitalmaßnahmen getötet
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein	Schaden an Körper a) Heilverfahren: b) Rente und Kapital
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein	Schaden an Freiheit durch Freiheitsentzug
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	4. Schaden an Eigentum a) durch Zerstörung b) durch Sonderabgaben c) durch Geldstrafe d) durch sonstige
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	5. Schaden im beruflichen Bereich a) durch Verdrängung oder forstwirtschaftliche b) in einem privaten Versetzung in c) durch Ausfall d) durch Ausschluss
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:	Buenos Aires	6. Versicherungsbeschädigung durch Schädigung
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:	Hamburg	Erklärung über andere Nationalsozialisten Besonderer Anlage
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		1. Wurden für die Entschädigungs-...
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		Bei welchen Stellen Organisationen, F...
e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		Sind über diese ... Von oder vor w...
Wohnen nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		Haben die unter ... Behörden, Organis...
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?	ja / nein	Art der Leist...
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:		
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen:		2. Wurden für die u...
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		Wegen welcher ...
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?	ja / nein	









Hamburg, den 1. September 1948.

Aktenzeichen:

76 VI 827/485

EINGEGANGEN

4. MAI 1955

Dres. H., S. a. E.

## Erbschein.

Auf den 8. Mai 1945, 24 Uhr ist  
die Witwe

Anna S c h i f f geborene Wertheimer,  
geboren am 29. Juni 1882 in Wien,

mit Wohnsitz in Hamburg für tot erklärt worden.

Es sind als Erben

zu je einem Drittel der Erbschaft  
ausgewiesen:

1.) ihre Tochter

Friederike Margarete Anne-Marie geborene Schiff,  
des Georg M a a ß Ehefrau,  
geboren angeblich am 13. September 1905 in Berlin,

2.) ihr Sohn

Hans Arnold Philipp S c h i f f ,  
geboren am 27. Juli 1911 in Altona,

3.) ihre Tochter

Olga Fanny Margarete geborene Schiff,  
des Kamillo W e i ß Ehefrau,  
geboren am 16. Februar 1921 in Altona.

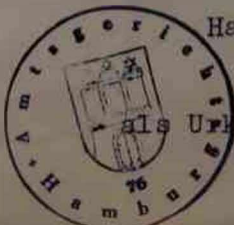
Das Amtsgericht  
Abteilung 76  
Bielenberg  
Landgerichtsdirektor

Vorstehende z w e i t e Ausfertigung wird hiermit  
den E r b e n

zum ausschliesslichen Gebrauch für die Geltendmachung  
von Wiedergutmachungsansprüchen gebührenfrei erteilt.  
Aktenzeichen: Wg. 290682.

Es wird gebeten, diese Ausfertigung den Beteiligten weder  
auszuhändigen, noch eine Abschrift zu erteilen.

Hamburg, den 29. April 1955



*[Signature]*  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
Justizangestellte



# COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES

INTERNATIONAL TRACING SERVICE

Arolsen (Waldeck) Germany

Arolsen (Waldeck) Allemagne  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde

24. MAI 1956

Certificate of Incarceration

Certificat d'Incarcération

Inhaftierungsbescheinigung

INTERNATIONALER SUCHDIENST

Arolsen (Waldeck) Deutschland

No. 61242 \*

Your Ref.: Amt f. Wd. Hamburg  
Votre Réf.: 2906 82- 8-  
Ihr Akt.-Z.:

Our Ref.: T/D 501650  
Notre Réf.:  
Unser Akt.-Z.:

Name SCHIFF ----- First names Anna ----- Nationality deutsch -----  
Nom ----- Prénoms ----- Nationalité -----  
Name geb. WERTHEIMER ----- Vornamen ----- Staatsbürgerschaft -----  
Date of birth ----- Place of birth ----- Prisoner's No. -----  
Date de naissance 29.6.1882 ----- Lieu de naissance Wien ----- No. de prisonnier nicht angegeben -----  
Geburtsdatum ----- Geburtsort ----- Häftlingsnummer -----  
Parents' name -----  
Noms des parents nicht angegeben -----  
Namen der Eltern -----

It is hereby certified that the following information is available in documentary evidence held by the International Tracing Service.

Il est certifié par la présente que les informations suivantes se trouvent dans la documentation détenue par le Service International de Recherches.

Es wird hiermit bestätigt, daß folgende Angaben in den Unterlagen des Internationalen Suchdienstes aufgeführt sind.

Name SCHIFF ----- First names Anna ----- Nationality deutsch -----  
Nom ----- Prénoms ----- Nationalité -----  
Name geb. WERTHEIMER ----- Vornamen ----- Staatsangehörigkeit -----  
Date of birth ----- Place of birth ----- Profession -----  
Date de naissance 29.6.1882 ----- Lieu de naissance Wien ----- Profession nicht angeführt -----  
Geburtsdatum ----- Geburtsort ----- Beruf -----  
Parents' names nicht angeführt -----  
Noms des parents -----  
Namen der Eltern -----

Last permanent residence Hamburg, Rutschbahn 25 a -----  
Dernière adresse connue -----  
Zuletzt bekannter ständiger Wohnsitz -----

has entered concentration camp wurde evakuiert zum KL. Prisoner's No. -----  
est entré au camp de concentration Auschwitz ----- No. de prisonnier nicht angeführt -----  
wurde eingeliefert in das Konz. Lager ----- Häftlingsnummer -----

on 11. Juli 1942 ----- coming from Gestapo Hamburg -----  
le ----- venant de -----  
am ----- von -----

Category, or reason given for incarceration "Jüdin" -----  
Catégorie, ou raison donnée pour l'incarcération -----  
Kategorie, oder Grund für die Inhaftierung -----

Transferred nicht angeführt -----  
Transféré -----  
Oberstellt -----

Liberated / Released on nicht angeführt in nicht angeführt -----  
Libéré / Relâché le ----- à -----  
Befreit / Entlassen am ----- in -----

Remarks Ein Todesnachweis liegt nicht vor. -----  
Remarques -----  
Bemerkungen -----

Records consulted Transportliste des Gestapobereiches Hamburg. -----  
Documents consultés -----  
Geprüfte Unterlagen -----

Arolsen, den 14. Mai 1956

*N. Burckhardt*

N. BURCKHARDT  
Directeur  
Service International de Recherches

*A. Opitz*

A. OPITZ  
Section des Archives

Der ITS übernimmt für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Dokumente, die zur Ausstellung dieser Bescheinigung verwendet wurden, keine Gewähr.

(\*) Added by the I.T.S., as explanation, does not appear on the original documents.  
(\*) Explication fournie par le S.I.R. mais ne figurant pas sur les documents originaux.  
(\*) Erklärung des I.S.D., erscheint nicht in den Originalunterlagen.

mit der Bitte um unbeschränkte Auskunftserteilung über die Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person.



DR. HERMANN NAUMANN  
DR. GEERT SEELIG  
DR. HANS EHLERS  
WALTER HIMMELMANN  
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:  
HAMBURG DEUTSCHE BANK AG. HAMBURG  
KONTOKTO: HAMBURG 68773, BEI DER UNTER  
DR. NAUMANN, SEELIG, EHLERS, HIMMELMANN

Bei Überweisungen u. Schreiben bitte  
angeben:  
KARTEI Nr.

HAMBURG 11, DEN  
ADOLPHSTRASSE 11  
TELEFON: 33 20 45  
DR. NAUMANN: HAMBURG 20, INSELSTR. 10, TEL.: 51 79 91

26. 1. 1957

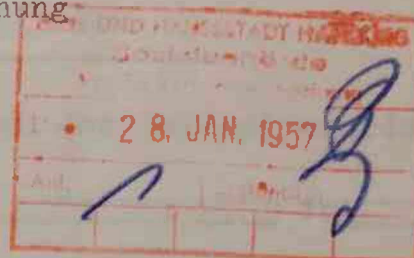
Dr. S/12/Z.

An die

Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung

Hamburg 1

Altstädterstrasse 8



19/157  
Wf

Aktz.: Wg. 2906 82 -8-

Petr.: Wiedergutmachungssache Hans Schiff u.a.

Antrag auf Entschädigungsleistung gemäss § 47 BEGnF

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 21. ds. Mts. überreiche ich Ihnen in der Anlage eine Bescheinigung der Jüdischen-Gemeinde in Hamburg vom 23.1.1957 aus der hervorgeht, dass Frau Anna Schiff geb. Wertheimer ab 19.9.1941 den sogenannten "Judenstern" tragen musste.

Ihren Erben steht gemäss §§ 47, 50 BEGnF auch wegen dieser Freiheitsbeschränkung ein Anspruch auf Entschädigung zu, der sich nach §§ 48, 49 BEGnF auf DM 1.500,-- beläuft. (DM 150,-- pro Monat für die Zeit vom 1.10.1941 bis 1.8.1942, dem Zeitpunkt in dem der Anspruch auf Gewährung von Haftentschädigung geltend gemacht worden ist.)

Es wird daher in Ergänzung der mit Schriftsatz vom 23.1.1955 erhobenen Ansprüche beantragt:

an die Antragsteller eine Entschädigung für Freiheitsbeschränkung in Höhe von

DM 1.500,-- zu leisten und diese Summe gemäss § 169 BEGnF sofort auszuzahlen.

III 9  
31.1.57  
Arch

Der Rechtsanwalt

Anlage

URG  
Rechts  
telefon: 44 09 44 / 46.

BESCHEINIGUNG Nr.: 867

Hiermit wird bescheinigt, daß auf Grund der Polizeiverordnung vom 1. September 1941

Herr \_\_\_\_\_ geb. \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

Frau Anna Schiff geborene: Wertheimer  
geb. 29.6.1882 in Wien

zuletzt wohnhaft in Hamburg Rutschbahn 25a

verpflichtet war, ab 19. September 1941 den JUDENSTERN zu tragen  
bis zur Deportation 11.7.1942

resp. bis zur Beendigung des Naziregimes im Mai 1945.

Hamburg, den 23.1.1957.

JÜDISCHE GEMEINDE IN HAMBURG

Doc. Zentr. Bl.

Strafregister Bl.

Vorrangbearbeitung wegen:

- |   |   |           |
|---|---|-----------|
| 2) Verfolgungs- und Schadenstatbestand: |   | } Anlagen |
| 3) Schadensberechnung:                  | Schadenszeitraum<br>(mit den Vermerken „Festgestellt“<br>und „Nachgerechnet“) |           |
| 4) Anzurechnende Leistungen:            | (Darlehen, Vorauszahlungen sowie Abtretungen u. dgl.)                         |           |

**Vorschlag:**

Vfg.

- 1) Statistik (Zählblatt)
- 2) Hauptsachbearbeiter



435  
(35)

Die Erben nach der auf den 8.5.45 für tot erklärten Frau Anna Schiff

- 1) Hans Schiff, wohnhaft USA
- 2) Anne Marie Maas geb.Schiff, wohnhaft Argentinien
- 3) Margarete Weiss geb.Schiff, wohnhaft England

vertreten durch Adolph Kahn und mit Untervollmacht durch RA Geert Seelig  
(Blatt 102)

machen u.a. Schaden an Freiheit nach der Erblasserin geltend.

Die Erblasserin musste ausweislich der Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde Hamburg (Blatt 131) vom 19.9.41 bis zu ihrer Deportation am 11.7.42 den Judenstern tragen.

Sie wurde dann wegen ihrer jüdischen Abstammung am 11.7.42 von der Gestapo in Hamburg zum KL Auschwitz deportiert (Bescheinigung ITS Arolsen Blatt 118). Aus dem KL ist sie nicht zurückgekehrt. Sie wurde auf den 8.5.45 für tot erklärt.

Laut Erbschein Blatt 111 sind die obengenannten Antragsteller als Erben zu je einem Drittel der Erbschaft ausgewiesen.

Der Anspruch der Erben ist gemäss § 43 und 47 BEG begründet.

Es wird vorgeschlagen, der Erbgemeinschaft für die Zeit der Freiheitsbeschränkung und der Freiheitsentziehung vom 19.9.41 bis 8.5.45 = 43 Monate

eine Haftentschädigung von DM 6.450,-- ✓

durch Bescheid zuzusprechen.

Nachgerechnet:

Fickinger  
1

Festgestellt:

Fickinger

# FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

SPRECHZEITEN:  
MONTAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

FERNSPRECHER: 34 15 31 ; App. 45  
BEHÖRDENNETZ: 21

Aktz.: Wg. 2906 82 -8-  
(Bei Beantwortung bitte angeben)

1. Ausfertigung: Akte  
Statistik: 384377.1896.  
3+

Hamburg, den  
We/D.

27 Feb 1957

Wg. 26/2.57  
für Wg. Akte  
Anne Marie Maass  
4-7 130905

Vfg.

## B e s c h e i d

In der Sache

- 1.) der Frau Anne Marie Maass, geb. Schiff  
geboren: 13.9.1905 in Berlin  
wohnhaft: Buenos Aires
- 2.) des Herrn Hans Schiff  
geboren: 27.7.1911 in Hamburg-Altona  
wohnhaft: Milwaukee
- 3.) der Frau Margarete Weiss geb. Schiff  
geboren: 16.2.1921 in Altona  
wohnhaft: London

sämtlich vertre-  
ten durch:

Herren RÄe Dr. Hermann Naumann, Dr. G. Seelig,  
Dr. H. Ehlers, Dr. Walter Himmelmann,  
Hamburg 11, Adolfsbrücke 11,

ergeht auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) in der Fassung vom 29.6.1956 der folgende Bescheid:

Die Antragsteller erhalten zur gesamten Hand als Erben nach Anna Schiff geb. Wertheimer für einen von der Erblasserin erlittenen Schaden an Freiheit von 43 Monaten eine Haftentschädigung von

DM 6.450.--

(in Worten: Sechstausendvierhundertfünzig DM).

Der Betrag ist zur Auszahlung fällig.

### Rechtsmittelbelehrung:

Soweit mit diesem Bescheid der Antrag auf Entschädigung abgelehnt ist, kann innerhalb einer Frist von für die Antragsteller zu 1 und 2 6 Monaten, für die Antragstellerin zu 3 von 3 Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg erhoben werden.

Der Bescheid wird unanfechtbar, wenn die Antragsteller nicht fristgemäß Klage erheben oder vor Fristablauf auf ihr Klage-recht verzichten.

### G r ü n d e :

Die Antragsteller sind die Kinder der durch Beschluß des Amtsgerichts Hamburg auf den 8.5.1945 für tot erklärten Anna Schiff



8(38)

geb. Wertheimer und gemäß Erbschein vom 1.9.1948 als deren alleinige Erben ausgewiesen.

Die Erblasserin hat in der Zeit vom 19.9.1941 bis zu ihrer am 11.7.1942 auf Veranlassung der Gestapo Hamburg erfolgten Deportation in das KZ Auschwitz, von der sie nicht zurückgekehrt ist, den Judenstern tragen müssen.

Im Beweis hierfür haben dem Amt vorgelegen:

Die Bescheinigung Nr. 867 der Jüdischen Gemeinde in Hamburg vom 23.1.1957 und die Auskunft des Internationalen Suchdienstes vom 14.5.1956.

Damit sind die anspruchsbe gründenden Tatsachen nachgewiesen.

Mit ihren Anträgen vom 18.1.1955, 8.2.1955 und 16.2.1955 begehren die Antragsteller Entschädigung für den der Erblasserin zugefügten Freiheitsschaden. Der Anspruch ist gemäß § 43 ff BEG begründet.

Gemäß § 48 in Verbindung mit § 45 BEG beträgt die Entschädigung DM 150.-- für jeden vollen Monat der Freiheitsentziehung bzw. -beschränkung. Zugrunde zu legen sind die Kalendermonate, während deren die Freiheit entzogen war sowie je 30 Tage der Monate, in denen die Freiheit nur zeitweise entzogen war; mehrere Zeiten der Freiheitsentziehung werden zusammengerechnet.

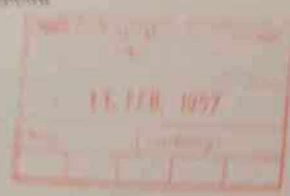
Die Erblasserin hat während der Zeit vom 19.9.1941 bis 8.5.1945 Schaden an Freiheit erlitten; diese Zeit umfaßt volle 43 Monate. Der Erblasserin hätte hierfür im Erlebensfalle eine Entschädigung von DM 6.450.-- zugestanden. Diese war den Antragstellern als ihren Erben zur gesamten Hand zuzuerkennen.

*Werner*  
( Werner )

MS 8

8. Februar 1957 436  
(44)

SENAT DER DEUTSCHEN KUNSTSTADT HAMBURG  
Staatsarchiv  
Hamb.



An den  
Amt für Wiedergutmachung  
Hamburg 52  
Postfach 74

Auf das Schreiben vom 1. 11. 56 - 45 wird  
mitgeteilt, daß laut Karteikarte der Deutsch-Israeli-  
schen Gemeinde in Hamburg Dr. Adolf Schinner, Hohenwangstr.  
geb. 14. 11. 1893 in Hamburg, zuletzt  
Reichenberg 15 gewohnt hat  
und von 12. 11. 54 bis zum 12. 11. 56 Mitglied der genannten Ge-  
meinde gewesen ist. Als Grund des Ausscheidens ist angegeben:  
Abwanderung

Auf der Karteikarte sind als Ehefrau und Kinder vermerkt:  
Gery Schinner, geboren am 1. 1. 1925, geb. 1925  
Anna Schinner, geboren am 13. 11. 1925, geb. 1925  
Heinrich Schinner, geboren am 12. 1. 1928  
Christiane Schinner, geboren am 12. 1. 1928, geb. 1928 in England

An Kultussteuern sind entrichtet:

1930	RM
1931/32	RM
1932/33	RM
1933/34	RM
1934/35	RM
1935	RM
1936	RM
1937	RM
1938	RM
1939	RM
1940	RM
1941	RM
1942	RM

J. A.  
Schinner



HERMANN NAUMANN  
DR. GEERT SEELIG  
DR. HANS EHLERS  
WALTER HIMMELMANN  
RECHTSANWÄLTE

HAMBURG 11. DEN  
ADOLPHSTRASSE 11  
TELEFON: 35 20 45  
DR. NAUMANN: HAMBURG 20, INSELSTR. 10, TEL.: 5179 91

14. Mai 1957

Dr. S/12/z.

KONTEN:  
FÖRDEDEUTSCHE BANK AG, HAMBURG  
KONTOKTO: HAMBURG 68773, BEIDE UNTER  
NAUMANN, SEELIG, EHLERS, HIMMELMANN

Bei Überweisungen u. Schreiben bitte  
angeben:  
KARTEI Nr.

An die  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
H a m b u r g 1  
Altstädterstrasse 8

Freie und Hansestadt Hamburg	
Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
16. MAI 1957	
Anl.	/

Aktz.: Wg. 2906 82 -8-

Betr.: Wiedergutmachungssache Hans Schiff u.a.

Antrag auf Entschädigungsleistung gemäss § 103 BEGnF

Im Nachgang zu meinen bisherigen Anträgen in dieser Sache trage ich hiermit folgendes vor:

Die im Konzentrationslager verstorbene Frau Anna Schiff geb. Wertheimer war die pensionsberechtigte Witwe des Landgerichtsrats Schiff. Die ihr zustehende Pension ist ihr vor ihrem Tode mehrere Jahre hindurch unberechtigt vorenthalten worden. Wegen des vorenthaltenen Betrages wird gemäss § 103 BEG Kapitalentschädigung in voller Höhe gewährt. Dieser Anspruch ist gemäss §§ 13, 140 BEG vererblich.

Für die Antragsteller die als Abkömmlinge der Frau Anna Schiff zu den Erben erster Ordnung gehören (§ 140 BEG), mache ich den Anspruch auf Kapitalentschädigung gemäss § 103 BEG vorsorglich schon jetzt dem Grunde nach geltend. Ich bitte Sie, mir zur näheren Spezifizierung der Ansprüche die für ihre Geltendmachung erforderlichen Formulare zu übersenden.

Der Rechtsanwalt

*[Handwritten signature]*

57

100-100000

张其成 著

- 1.) Frau Anna Marie Weiss geb. Schiff  
geboren am 13.3.1903 in Berlin  
verheiratet in Buenos Aires, Argentinien
- 2.) Herr Hans Schick  
geboren am 27.7.1901 in Hamburg, Elbinger  
verheiratet in Milwaukee, USA
- 3.) Frau Margarete Weiss geb. Schiff  
geboren am 10.3.1901 in Elbing  
verheiratet in London, England

Barren Soil found on  
dry, barren ground, J. Seelig,  
N. Hines, Walter Wasmann,  
August 11; September 22.

Die Eltern wollten ebenfalls als Eltern zur gesamten  
Schule nach Jülich gehen. Das Auto schiff für einen  
der Eltern wurde zugeteilt. Schauen Sie bitte, dass  
jederzeit eine Überwachung von außerhalb



149  
58

Der Bescheid ist unanfechtbar, wenn die Antragsteller nicht fristgemäss Klage erheben oder vor Ablauf der Frist auf ihr Klagerecht verzichten.

G r ü n d e :

Die Antragsteller sind die Kinder der durch das Amtsgericht Hamburg, Abteilung 76, auf Grund des Verschollenheitsgesetzes auf den 8.5.1945 für tot erklärten Anna Schiff und gemäss Erbscheine als deren Erben zu je 1/3 ausgewiesen.

Die jüdische Erblasserin, die am 11.7.1942 von Hamburg, ihrem damaligen Wohnsitz, nach Auschwitz deportiert wurde und von dieser Deportation nicht zurückgekehrt ist, hat ab 1.4.1937 vom Hanseatischen Oberlandesgericht ein Witwengeld in Höhe von monatlich 351.02 RM, gekürzt um 20% auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 und der dazu ergangenen weiteren Verordnungen um monatlich 67.70 Mark, bezogen. Während bei den nicht zu den aus Gründen des § 1 BEG Verfolgten Empfängern von Versorgungsbezügen die Notverordnungs-kürzungen ab 1.7.1939 <sup>an</sup> 14% minus RM 2.50 herabgesetzt wurde und ab 1.1.1941 gänzlich in Fortfall geriet, sind die Witwenbezüge der Erblasserin bis zu dem im Monat nach der Deportation, also im August 1942, erfolgten Fortfall derselben durchgehend um 20% minus RM 2.50 gekürzt worden. Dies geschah, weil die Verordnungen über den teilweisen und gänzlichen Fortfall der Notverordnungs-kürzungen für "Nichtarier" keine Geltung hatten; also aus Verfolgungsgründen.

Auf Grund der 2. DVO vom 14.12.1940 zur Verordnung über die Erhebung einer Sozialausgleichsabgabe von sogen. "Nichtariern" vom 5.8.1940 wurden die Witwenbezüge der Erblasserin ab 1.1.1941 um weitere 15% gekürzt.

Die Antragsteller haben Entschädigung wegen der der Erblasserin in der Zeit ab 1.7.1939 bis zu ihrem Tode vorenthaltenen Versorgungs-Witwenbezüge beantragt.

Der gem. § 4 (1) lb zulässige und gem. § 185(2) 2 bei der zuständigen Entschädigungsbehörde gestellte Antrag ist begründet.

Gem. § 99, 103 BEG haben Ruhestandsbeamten-Witwen und Waisen, denen Versorgungsbezüge ganz oder teilweise vorenthalten worden sind, Anspruch auf eine Kapitalentschädigung in Höhe der entgangenen Versorgungsbezüge.

Nach den vorher getroffenen Feststellungen betrugen die Witwenbezüge der Erblasserin ungekürzt monatlich RM 351.02. Diese wären im Nichtverfolgungsfall ab 1.7.1939 bis 31.12.1940 um 14% minus 2.50 = RM 46.64 monatlich gekürzt worden. Die Erblasserin hätte für diese Zeit also insgesamt RM 379.08 mehr an Versorgungsbezügen erhalten als sie tatsächlich erhalten hat. Ab 1.1.1941 bis zum 31.7.1942 hätten die Witwenbezüge der Erblasserin im Nichtverfolgungsfall eine Kürzung auf Grund der Notverordnungen nicht mehr erfahren.

Für diese Zeit hätte die Erblasserin also  $19 \times 67.70 =$  ~~RM 379.08~~  
mehr an Versorgungsbezügen erhalten als sie tatsächlich erhalten hat. RM 1.286.30

Auf Grund der Sozialausgleichsabgabe haben die Versorgungsbezüge der Erblasserin in der Zeit vom 1.1.1941 - 31.7.1942 ferner eine Kürzung von 15% = RM 46.80 monatlich erfahren. Hierdurch ist der Erblasserin ein weiterer Ausfall von insgesamt entstanden.

RM 889.20

Übertrag:

$\times \left\{ \begin{array}{l} \text{RM } 2.175.50 \\ \text{" } 379.08 \end{array} \right.$

150  
59

Übertrag:

(RM 379.08  
(RM 2.175.50

Für die Zeit ab 1.8.1942 bis 31.5.1945 sind keine Versorgungsbeträge gezahlt worden. Für diese Zeit hätte die Erblasserin im Nichtverfolgungsfalle Versorgungsbeträge von monatlich RM 351.02 und insgesamt erhalten.

RM 11.934.68

Insgesamt sind der Erblasserin aus Verfolgungsgründen des § 1 BEG Versorgungsbeträge im Gesamtbetrage von .....

RM 14.489.26  
=====

vorenthalten worden.

Hierfür hätte sie im Erlebensfalle gem. § 103 BEG i.V.m. § 11(1) BEG eine Kapitalentschädigung von aufgerundet

DM 2.898.--  
=====

erhalten.

Diese Kapitalentschädigung war den Antragstellern gem. § 140 (1) BEG ~~als~~ als ihren Erben zur gesamten Hand zuzuerkennen.

*Werner*  
( W e r n e r )



Reg. Nr. 825

Durchschrift

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

den Berechtigten:

- 1) Frau Friederike Margarete Anna-Marie H a n s e  
geb. Schiff  
Sanabria 2533, Buenos Aires, Argentinien
- 2) Herrn Hans Arnold Philipp S o h l f f  
2049 N 57th Street, Milwaukee, Wisconsin, USA
- 3) Frau Olga Fanny Margarete W e i s s geb. Schiff  
23, Turlay Avenue, London Way, London SW 2, England

als Rechtsnachfolger nach

Frau Anna S o h l f f geb. Wertheimer  
letzter inländischer Wohnsitz: Hamburg

Bevollmächtigter:

Rechtsanwälte Dr. Neumann, Seelig, Ehlers, Mischmann  
Hamburg 11, Adolphsbrücke 11

folgenden Bescheid:

### I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen /und/ gültigen  
Einigungen zu Grunde:

- 1) Beschluss des Landgerichts Hamburg, 2. Wiedergutmachungs-  
kammer vom 4.1.1955 - Az.: 2 WIK 324/53 - VI/2 3308 -2-  
verbunden mit 2 WIK 800/52 - VI/2 3308 -3-
- 2) Beschluss des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht  
Hamburg vom 19.4.1952 - Az.: VI/3 3308 -4-
- 3) Beschluss des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht  
Hamburg vom 19.4.1952 - Az.: VI/1 3308 -5-

### II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Beschlüssen stehen den Berechtig-  
ten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgende Ansprüche an:

67

Zu I,1) ..... DM 17.154,50  
zu I,2) ..... DM 166,43  
zu I,3) ..... DM 10.062,50

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf:

DM 27.403,43

(1.7.: Siebentausendtausendvierhundertunddrei 43/100 Deutsche Mark)

festgestellt.

### III.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BMDG zu zahlen:

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 ..... DM 20.000,--
- 2) bis spätestens zum 31.3.1961 ..... DM --,--

Der verbleibende Restbetrag von ..... DM 7.403,43 ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs.5 BMDG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

### IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BMDG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BMDG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

### V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BMDG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 1.4.1956
2. Darlehen von DM 5.000,-- mit Wirkung vom 8.3.1957.

### VI.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere Rückersatzungswrechtliche Geldansprüche wegen die in § 1 BMDG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil-Teil-Bescheid.

### VII.

#### RECHNUNG

1) Durch den in Ziffer I,1 genannten Beschluss ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, den Berechtigten für entzogene Silber- und Schmuckgegenstände in Werte von DM 13.654,50 und für entzogene Möbel, 1 Radiogerät, 1 Falsch sowie 1 Fahrrad in Werte von zusammen DM 3.500,-- insgesamt DM 17.154,50 Schadensersatz zu leisten.



Gemäß § 18 BRMG gilt dieser Betrag als Schadenersatzbetrag in Sinne dieses Gesetzes.

Eine Nutzungsvergütung steht den Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch der entzogenen Gegenstände gewährt hatte, wird gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 BRMG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

Der den Berechtigten zustehende Anspruch beläuft sich auf ..... DM 17.154,50

- 2) durch den in Ziffer I, 2 genannten Beschluß ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, den Berechtigten für der Verfolgten entzogene Giroguthaben in Höhe von insgesamt RM 1491,42 Schadenersatz zu leisten.

Dieser Anspruch ist gemäß §§ 15, 22 BRMG in Verbindung mit Artikel 25 EEG in Verhältnis 40:1 auf Deutsche Mark umzustellen =

..... DM 149,14

Hinzu kommt eine Zinspauschale von 25% ..... DM 37,29

Der Anspruch der Berechtigten zu Ziffer I, 2 beläuft sich auf ..... DM 186,43

- 3) durch den in Ziffer I, 3 genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, für auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz entzogene Wertpapiere im Annahmewert von insgesamt RM 51.620,40 Schadenersatz zu leisten.

Es wurden folgende Obligationen abgeliefert:

RM 2.000,— 4% Gelsenk.Bgw.Obl.v.42 J/J

RM 2.000,— 5% AEG. Obl. v.39

RM 2.000,— 4% Harp.Bergb.Obl.v.42 A/O

RM 4.500,— 5% Klüschnerw.Obl.v.36 A/O

RM 2.000,— 5% Hoesch-Köln Neussen Obl. f

RM 3.000,— 4% Essen Steink.Ges.Anl.v.41

RM 2.000,— 5% GutsMuths-Obl.v.37

RM 3.000,— 5% Rhein.Westf.El.Wk.Obl.v.39

RM 4.000,— 3% Aug. Thyssen Hütte Teilsch. v.37

✓ RM 6.000,— Gelsenk.Bergw.Anl.v.36

✓ RM 2.000,— 5% Klüschner-Werke Obl.v.36

RM 32.500,—

Die Höhe des Schadenersatzbetrages, der den Berechtigten hierfür zusteht, richtet sich nach § 20 Abs. 1 BRMG in Verbindung mit den nachgeordneten Bestimmungen des Umstellungsgesetzes.

Übertrag: DM 17.340,93

Übertrag: DM 10.062,50 DM 17.340,93

sofern auf Grund einer künftigen gerichtlichen Regelung für die Reichsbank eine Altersrentenversicherung zu gewähren ist, bleibt eine Ergänzung des Bescheides vorbehalten.

Der Anspruch der Berechtigten zu Ziffer I,3 beläuft sich auf insgesamt .....

DM 10.062,50

Insgesamt stehen den Berechtigten zu Ziffer I,1 bis I,3 dieses Bescheides .....

DM 27.403,43

Dieser Betrag ist wie folgt auszusahlen:

- a) bis zum 31.3.1959 in Höhe von DM 20.000,-- (§ 32 Abs.2 BRMG)

Darauf werden gemäß § 36 BRMG die den Berechtigten gewährten Darlehen von insgesamt ..... angerechnet, so daß vorerst nur ein Betrag von ..... ausbezahlt werden kann.

DM 10.000,--

DM 10.000,--

- b) bis zum 31.3.1962 in Höhe des Restbetrages von ..... (§ 32 Abs.4 BRMG).

DM 7.403,43

Sofern der in § 31 Abs.1 BRMG genannte Gesamtbetrag von 1,5 Milliarden Deutsche Mark zur vollen Erfüllung aller von der Bundesrepublik Deutschland zu befriedigenden Währungsersatzansprüche nicht ausreicht, findet gemäß § 32 Abs.5 BRMG eine prozentuale Kürzung des Restbetrages statt, über die frühestens ab 1.4.1961 entschieden werden kann.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRMG. Demnach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der noch voller Befriedigung aller festgestellten Währungsersatzansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRMG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertanteil.

VIII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Niederschutungsbehörde des Landgerichts Hamburg gestellt werden.



*Handwritten signature*

In Auftrag  
gez. Polack  
Regierungsassessor



V f g .

Betr.: Sonderabgaben ( Juva )

Hinsichtlich der formellen Voraussetzungen und des allgemeinen Verfolgungstatbestandes wird auf den Bescheid Bl. 57 verwiesen.

Veranlagt durch Bescheide des Finanzamtes vom 4.9. und 10.11.1939 zu 24.000.-- RM (UA 4 - Bl. 6)

Bezahlt teils durch Wertpapiere (85, 90)

1.500.--	5 % Gelsenkirchener Bergw.Anl. von 1936	zu	1.549.27 RM
500.--	" "	zu	506.28 "
4.000.--	" "	zu	4.080.90 "
2.000.--	5 % Klöckner-Werke Obl. von 1936	zu	2.022.90 "
			<u>8.159.35 RM</u> ✓

Weitere Zahlungen konnten aufgrund der Auswanderungs- und Rückerstattungsakten nicht festgestellt werden; vom Rechtsanwalt konnten keine Nachweise erfolgen. Es konnte lediglich ermittelt werden, dass im Januar 1940 RM 9.048.10 (vom Verkauf einer Hypothek) für die 5. Rate der Juva und für Bankschulden bezahlt worden sind (Bl. 45 - Ausw.-Akte). Nach dem hier vorliegenden Kontoauszug ist der Betrag am 19.1.1940 als Eingang und am 22.1.1940 sind 8.910.65 RM als Ausgang gebucht (Wik 329/51 - Bl. 35). Es kann daher angenommen werden, dass der Betrag von 8.910.65 RM zur Begleichung der Juva entrichtet wurde. Ausserdem besagt diese Buchung, dass die Juva tatsächlich gänzlich bezahlt worden ist.

Die weitere Bezahlung der Juva (bar oder Wertpapiere) braucht nicht ermittelt zu werden, da aufgrund der Rückerstattungsakte ausser den o.g. Wertpapieren und einem Grundstück nichts anerkannt worden ist, was zur Begleichung der Juva hätte hingegeben werden können (nur beschlagnahmte Werte).

§ 60 (2):

Wegen folgender Vermögensgegenstände sind RE-Verfahren-2 3308-durchgeführt worden:

1) Grundstück Parkstr. 28 ( 2 Wik 329/51 aus UA 1 )

Verkauft am 2.8.1938 für 33.000.-- RM. Der Kaufpreis wurde durch Übernahme einer Hypothek von 5.000.-- RM, durch Eintragung einer Restkaufgeldhypothek von 13.000.-- RM und durch Barzahlung in Höhe von 15.000.-- RM beglichen.

Im Rückerstattungsverfahren wurde sowohl das Grundstück (10 a.a.O.) als auch der Kaufpreis zurückgegeben (68 a.a.O.).

Zahlungen für die Juva sind von dem damaligen Grundstückserlös nicht erfolgt.

96

Kontoauszug (33 a.a.O.):

Einnahmen bis 6.9.38	.....	= 14.084.36 RM
Ausgaben bis 5.9.38	.....	= 13.637.23 "
		447.13 RM
Grundstückserlös am 7.9.38	.....	= 13.457.-- "
		13.904.13 RM
Ausgaben v. 9.9. - 19.9.38	.....	= 13.930.42 RM

Damit war der Grundstückserlös gem. ständiger Rechtsprechung bereits am 19.9.38 aufgebraucht. Vom 7.9. - 19.9.38 können Zahlungen für die Juva nicht festgestellt werden; es wurden in dieser Zeit allein Wertpapiere für 13.125.96 RM gekauft.

Gutrat, Bekleidung, Kunstgegenstände und Schmuck und Silbersachen  
(? Wik 324/53 aus UA 2)

Durch Beschluss des LG. Hamburg vom 4.1.55 wurde die Rückerstattungspflicht der beschlagnahmten Gegenstände anerkannt (115 a.a.O.).

Bargeld (UA 4)

Bargeld wurde durch Beschluss des LG. Hbg. vom 19.4.52 als rückerstattungspflichtig anerkannt.

Wertpapiere (UA 5)

Durch Beschluss des LG. Hamburg vom 19.4.52 wurden die beschlagnahmten und für die Juva hingegebenen Wertpapiere als rückerstattungspflichtig anerkannt; weitere Wertpapiere wurden nicht aufgeführt.

Von der OFD ist bereits ein Bescheid ergangen (65 ff.).

Einkommensteuern (UA 6)

Mit Schreiben vom 21.8.1952 zurückgenommen.

Berechnung der Entschädigung:

Die Umstellung der Entschädigung kann im Verhältnis 10 : 2 erfolgen, wenn von dem Grundstückserlös keine Zahlung für die Juva erfolgt ist.

Wertpapiere:

6.000.-- 5 % Gels. Bergw.Anl. von 36		
Entschädigung d. OFD (25 % des Nennwertes)	=	1.500.-- DM ✓
Entschädigung gem. § 59 BEG		
(10 : 2 des Annahmewertes von 6.136.45 RM) ✓	=	1.227.29 DM ✓
2.000.-- 5 % Klöckner-Werke Obl. von 36		
Entschädigung der OFD	=	500.-- DM
Entschädigung gem. § 59 BEG		
(10 : 2 von 2.022.90 RM)	=	404.58 DM. ✓

Da die Entschädigung der OFD günstiger ist als die nach BEG, entfällt hier eine Entschädigung für den gesamten Annahmewert in Höhe von 8.159.35 RM.



Es verbleiben daher . . . . . 15.840.65 RM ✓  
 umgestellt 10 : 2 . . . . = 3.168.13 DM. ✓  
 =====

Ich schlage vor, einen entsprechenden Bescheid zu erteilen.

2) Zs. 12

Festgestellt:

Stauders  
 (Name u. Dienstbez.)

Nachgerechnet:

[Signature]  
 (Name u. Dienstbez.)

Vermerk

Der Tilos aus der Hypothek in der Umstellungsver-  
 10:2 ein zinsfreie ist bis einer vorgegebenen Regelt der  
 halb angehört, weil bei der Rückführung der Kaufpreises  
 an den Finanzier ein höheres Verhältnis als  
 10:1 aufgestellt worden ist

U. 8/14

105  
Hg. 2906 82 - 12 -

Hamburg, den 25. August 1960  
He/Sg.

V e r g l e i c h

1. Ausfertigung

Akte

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Hamburg 36, Drehbahn 54

einerseits

und der Erbgemeinschaft nach

Anna S c h i f f  
geb. am 29. Juni 1882 in Wien  
auf den 1.9.1948 für tot erklärt

bestehend aus:

- 1.) Frau Anne Marie Maass, geb. Schiff  
geb. am 13.9.1905 in Berlin  
wohnhaft in Buenos Aires, Argentinien,
- 2.) Herrn Hans Schiff  
geb. am 27.7.1911 in Hamburg-Altona  
wohnhaft in Milwaukee, USA,
- 3.) Frau Margarete Weiss, geb. Schiff  
geb. am 16.2.1921 in Altona,  
wohnhaft in London, England

Sämtlich vertreten durch:

Herren Rechtsanwälte  
Dres. Hermann Naumann, G. Seelig,  
H. Ehlers, Walter Himmelmann,  
Hamburg 11, Adolfsbrücke 11


andererseits

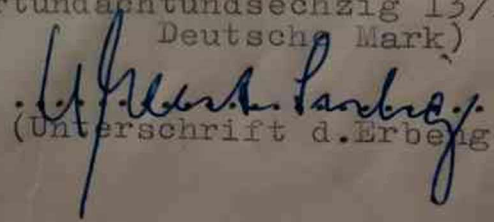
wird folgender Vergleich geschlossen:

Zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen Juden-  
vermögensabgabe, den die Erblasserin erlitten hat, zahlt die  
Sozialbehörde an

die Erbgemeinschaft .....DM 3.168.13

(in Worten: Dreitausendeinhundertundachtundsechzig 13/100  
Deutsche Mark)

  
(Frademann). Reg. Rat.  
(Referent)

  
(Unterschrift d. Erbgemein.)



Hamburgdirektion Hamburg  
- 5/300 - IV 34/342 -Hamburg 13, den  
Telefon: 441291 App.

An

- 1) Frau Friederike Margarete Anne-Marie Maas geb. Schiff  
Sanabria 2533, Buenos Aires/Argentinien
- 2) Herr Hans Arnold Philipp Schiff  
2019 N 57 Street, Milwaukee, Wisconsin/USA
- 3) Frau Olga Fanny Margarete Weiss geb. Schiff  
23, Purley Ave., Bendon Way, London N.12/England

15. JAN. 1965	
Am für Wieder...	Erstbeding...

Bevollmächtigte: *Rechtsanwälte*  
Dr. Hermann Baumann, Dr. Geert Seelig, Dr. Hans Ehlers  
Dr. Walter Hismelmann, Dr. Gert Wolfgang Seelig,  
Hamburg 11, Adolphsbrücke 11

Betr.: Ihre Rückerstattungsverfahren nach Anna Schiff geb.  
./.. Deutsches Reich *Wertheimer*

Bezug: . Ergänzungs-Bescheid vom 22.7.1960 -Reg.Nr. 2973 -

B e s c h e i d

Aufgrund von Artikel II Ziff. 5 des Dritten Änderungsgesetzes  
zum Bundesrückerstattungsgesetz (BRUG) vom 2. Oktober 1964  
(Bundesgesetzblatt I S. 809) erteile ich Ihnen hiermit  
folgenden 2. Ergänzungs-Bescheid:

Festgestellt mit dem Bescheid  
vom 22.7.1960 - Reg.Nr. 2979 - insgesamt DM 27.903,43  
festgestellt mit dem Bescheid  
nach § 13 BRUG

vom - Reg.Nr. - insgesamt DM

Gesamtanspruch (zu zahlen nach § 32 Abs. 2  
Ziff. 1 BRUG)

DM 27.903,43

Hierauf sind gezahlt:

An den/die Berechtigte(n) DM 23.951,71

das Land DM

den/die Zessionar DM

DM 23.951,71

mithin sind noch zu zahlen

DM 3.951,72

Davon

an den/die Berechtigte (n) DM 3.951,72

das Land DM

den/die Zessionar DM

### Rechtsmittel:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Berechtigte innerhalb einer Frist von drei Monaten - bei Wohnsitz im Ausland innerhalb einer Frist von sechs Monaten -, beginnend mit dem Tage der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutachungskammer des Landgerichts Hamburg beantragen.



beglaubigt

*Gerrit Wilken*

Rechtsanwältin

Im Auftrag

Dr. Wilken  
Regierungsrat



119

WG22 - 2906 82/12

2

den 10. 4. 1968

: 1242

an das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

Dr. Es/ko

2 H a m b u r g 11  
Zippelhaus 5

*Handwritten: Nach - 2906 82 - 11 11 5*

für dortigen Geschäfts-Nr.: Z 29 633

In der Rückerstattungssache

d. Hanses

Erbengemeinschaft nach

Deutsches Reich

Wiedergut:

Anna S c h i f f

( OFD Hamburg )

(Amt für Wiedergutmachung Hamburg)

u r g 36

54

wird - Bezug nehmend auf den zwischen Bund und Ländern geschlossenen  
Globalvergleich zur Erledigung der nach § 25 BRUG auf die Länder  
übergegangenen Ansprüche - der Antrag vom 7. 9. 1965 zurückgenommen,  
soweit ein Übergangsanspruch gemäß § 25 BRUG auf das Land Hamburg  
geltend gemacht worden ist.

Im Auftrage:

( Dr. Erichsen )

Wiss. Ang.

Vermerk

Das Rückerstattungsverfahren hat sich durch den Abschluß des Global-  
vergleichs zwischen Bund und Ländern erledigt. Der Übergangsantrag  
gem. § 25 BRUG ist zurückgenommen worden.

Vgl.

Nach Erledigung mit Akte an das zuständige Sachgebiet zurück.

10.4.68 ko.

*Handwritten: 11.4.68 Me*

*Handwritten: 10/4/68 Es/ko*